

Der sef: Beirat im Gespräch 2014

Globale Ziele nachhaltiger Entwicklung: Was bedeuten sie für Berlin?

Michèle Roth

Weltweit diskutieren gegenwärtig formelle Arbeitsstäbe, unterschiedliche Stakeholderforen und zivilgesellschaftliche Gruppen über eine neue entwicklungspolitische Agenda, die die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) nach dem Jahr 2015 ablösen soll. Als Ergebnis des Rio+20-Gipfels im Jahr 2012 erarbeitet parallel dazu eine 30-köpfige „Offene Arbeitsgruppe“ der Generalversammlung der Vereinten Nationen unter deutscher Mitwirkung sogenannte nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs). Trotz vieler Kontroversen in diesen Prozessen scheint man sich international auf eines verständigen zu können: Nach 2015 sollen die beiden Agenden ein gemeinsames Zielsystem bilden, das erstmals reiche wie arme Länder gleichermaßen verpflichtet. In der Umsetzung dieser Agenda wird die lokale Ebene eine entscheidende Rolle spielen. Umso wichtiger ist es, die Stimme der kommunalen Akteure bereits bei der Formulierung der Ziele hörbar zu machen.

Was bedeuten verpflichtende internationale Ziele nachhaltiger Entwicklung für das Land Berlin? Ist das Land mit seinen entwicklungspolitischen Leitlinien aus dem Jahr 2012 ausreichend aufgestellt für die Umsetzung solcher Ziele? Welche konkreten Maßnahmen könnten folgen? Darüber diskutierte der sef: Beirat mit Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses am 15. Mai 2014 im Berliner Rathaus. Auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters konnte der lebendige Austausch im Anschluss im Rahmen eines Empfangs fortgeführt werden.

Für den Regierenden Bürgermeister begrüßte Staatssekretär Guido Beermann von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung die Teilnehmenden. Er verwies darauf, dass die Zusammenführung der Nachhaltigkeits- mit der Entwicklungsagenda in Berlin bereits erfolgt sei. In der Praxis sei es nun wichtig, mit den lokalen Unternehmen zusammenzuarbeiten, um einen umsetzbaren Konsens zu finden.

Leitbild für die internationale Zusammenarbeit

Unter der Leitung des sef: Beiratsvorsitzenden Lothar Brock (HSFK) führten im Folgenden die sef: Beiratsmitglieder Jens Martens vom Global Policy Forum und Maja Göpel vom Berliner Büro des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie in das Thema ein. Martens erläuterte, dass es bei dem sog. Post-2015-Prozess um weit mehr als ein paar Entwicklungsziele gehe. Vielmehr würden aktuell die zukünftigen Leitbilder und Prioritäten internationaler Zusammenarbeit jenseits der überholten Dichotomie zwischen Entwicklungs- und Industrieländern erarbeitet. Auch sei es klar, dass Ziele alleine nicht reichten, sondern vor allem Wege zu deren Umsetzung gefunden werden müssten. Von den Regierungsverhandlungen, die ab November/Dezember dieses Jahres geführt und im September 2015 abgeschlossen werden sollen, erwartete Martens vier Ergebnisse: (1) eine Deklaration

über die normativen Grundlagen als wichtiges Dokument zur Klärung relevanter Prinzipien, (2) einen Zielkatalog, (3) ein Aktionsprogramm mit Vorschlägen, wie die Ziele erreicht werden sollen, und (4) schließlich eine Regelung zur Überprüfung des Umsetzungsprozesses. Abschließend verwies Martens darauf, dass sich diese globale Agenda in nationalen Nachhaltigkeitszielen auch für Deutschland reproduzieren werde. Spätestens dann seien die Bundesländer gefragt, ihren Beitrag etwa zur Reduzierung des Umweltschadens zu leisten.

Was stellen wir uns unter Entwicklung vor? Und was ist unser fairer Anteil? Bei den Nachhaltigkeitszielen gehe es um eine Zukunftsvision, um Gerechtigkeit, so Maja Göpel in ihrem Input. Sie lobte die neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien Berlins, die bereits im Geiste der künftigen Ziele nachhaltiger Entwicklung gehalten seien. Es seien aber nicht die Ziele und Prinzipien, die ihr Sorge bereiteten,



Der sef: Beirat im Gespräch 2014: Dr. Michael Garmer Mda, Dr. Maja Göpel, Prof. Dr. Lothar Brock, Jens Martens und Michael Schäfer Mda. (v.l.n.r)

sondern deren Umsetzung. Blockaden seien u.a. ein zu starkes disziplinäres Denken und die Diktatur der Kurzfristigkeit. Beides müsse institutionell überwunden werden. Diesen Blockaden entgegenwirken könnte eine Ombudsperson für zukünftige Generationen, wie es sie in Ungarn bereits gibt, schlug Göpel vor. Diese Person habe in politischen Prozessen eine mediative Funktion und stets die Verantwortung für die Zukunft als oberste Priorität. Denn in der Praxis sei weiterhin eine Dominanz ökonomischer über ökologische und soziale Ziele

gegeben. Als konkrete Maßnahme empfahl Göpel in diesem Zusammenhang eine regulierende Funktion über Steuern und die Ausrichtung der staatlichen Wirtschaftsförderung an Kriterien der Gemeinwohlproduktion und der Nachhaltigkeit.

Von universellen Zielen zu lokaler Umsetzung

In der anschließenden Diskussion mit den beiden energiepolitischen Sprechern Michael Garmer Mda (CDU) und Michael Schäfer Mda (Bündnis 90/Die Grünen) standen Fragen des Klimaschutzes im Vordergrund. „Unser Klimaschutz ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklungspolitik“, so Schäfer. Garmer verwies auf die vielfältigen Zielkonflikte zwischen verschiedenen, aber gleichermaßen berechtigten Agenden. So muss etwa in der Energiepolitik ein Ausgleich zwischen der Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit und der Umweltfreundlichkeit gefunden werden. Er begrüßte den Vorschlag, externe Kosten zu internalisieren; dies sei der richtige Weg, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen, im Gegensatz zu Verboten. Schäfer schilderte anhand eines lokalen Vattenfall-Projektes die starken internationalen Verknüpfungen im Energiebereich. Deshalb sei es wichtig, dass künftige Nachhaltigkeitsziele universelle Gültigkeit hätten. Auch er begrüßte die Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes. „Doch wo ist das Aktionsprogramm, wo die Budgetlinie dazu?“, so seine Fragen. Notwendig seien Leuchtturmprojekte. Konkret schlug er ein Berliner Projekt zur Steigerung der Energieeffizienz in Bestandsgebäuden vor.

Auch in der anschließenden Diskussion standen Instrumente zur Implementierung von Nachhaltigkeitszielen in Berlin im Mittelpunkt. Einige Projekte, darunter ein Eine-Welt-Haus, sind bereits vereinbart, andere wie das Konzept klimaneutrales Berlin liegen auf dem Tisch. Deutlich wurde, dass der richtige Weg zur Veränderung unserer Wirtschaftsweise und die Rolle, die der Staat dabei übernehmen soll, sehr umstritten sind. Eine große Chance zur Erzielung eines langfristigen Konsenses im Energiebereich könnte in der neu eingerichteten Energie-Enquetekommission des Abgeordnetenhauses liegen, waren sich die Gäste des Abends dann aber einig.

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der SEF informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : www.sef-bonn.org

Redaktion
Sabine Gerhardt

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung